

Übersichten

Mai 2004

Außenpolitik

1 Wen Jiabaos erste Station seiner Europareise: Deutschland

Wen Jiabao besuchte auf seiner ersten Europareise als chinesischer Ministerpräsident vom 2. bis zum 13. Mai Deutschland, Belgien, Italien, Irland, Großbritannien und den Sitz der Europäischen Union in Brüssel. Begleitet wurde er von Chinas Außenminister Li Zhaoxing und Handelsminister Bo Xilai, sowie 30 Topmanagern. Wen und seine Führungsriege der so genannten „Vierten Generation“ wollen allem Anschein nach ihren Plan verwirklichen, das Jahr 2004 zum „Europa-Jahr“ zu machen. Der Wunsch nach einem weiteren Ausbau der „umfassenden, strategischen Partnerschaft“ mit der EU rangiert ganz oben auf Beijings Agenda. Bereits im Verlauf der letzten Monate fanden eine Reihe hochrangiger Besuche von EU-Funktionären in Beijing statt. Seit dem letzten Gipfel zwischen der EU und China waren sechs EU-Repräsentanten in Beijing willkommen geheißen worden, darunter EU-Kommissionspräsident Romano Prodi und der Außenbeauftragte der EU, Javier So-

lana. Das chinesische Außenministerium bezeichnete die Reise als Zeichen „für die große Bedeutung“, die China den Beziehungen einräume.

Auftakt der Reise war ein auf vier Tage ausgedehnter Deutschlandbesuch, dessen relativ lange Dauer bereits den Stellenwert deutlich macht, den die deutsch-chinesischen Beziehungen derzeit genießen. Wen bezweckte mit dem Besuch nach eigenen Aussagen vor allem, den Austausch mit Unternehmern voranzubringen, den Handel zu intensivieren und im Hochtechnologiebereich die Kooperation zu verstärken.

Der einzig potenzielle Krisenherd in den sonst so guten sino-deutschen Beziehungen wurde noch vor Wens Ankunft ausgeräumt, indem die Beijinger Regierung die Verhandlung über den Verkauf der Hanauer Wiederaufbereitungsanlage für beendet erklärte, nachdem sich die Grünen dem Verkauf in den Weg gestellt hatten. Die Bundesregierung nahm dies mit Erleichterung zur Kenntnis, blieb Schröder, der bei seinem letzten Chinabesuch im Dezember 2003 dem Verkauf ohne vorherige Absprache mit dem Koalitionspartner zugesagt hatte, doch damit ein Koalitionskrach erspart. Wen erwähnte das geplante Geschäft während seiner drei Treffen mit Schröder dem Vernehmen nach mit keinem Wort, er erklärte einzig und allein, man respektiere den Willen der deutschen Seite, die Frage werde die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit beider Staaten nicht beeinträchtigen. Siemens, als Eigentümer der Hanauer Anlage, geht allerdings davon aus, dass die Entscheidung noch nicht endgültig ist.

Deutsche Hochtechnologie ist aber momentan nicht nur in Bezug auf Hanau ein Top-Thema für China – während eines Gesprächs am ersten Tag seiner Deutschlandreise mit Bayerns Ministerpräsident Stoiber beklagte sich Wen über die geringe Qualität der Magnetschwebbahn Transrapid, indem er sie als unausgereift bezeichnete. Bereits am nächsten Tag beeilte sich Wen jedoch, die Kritik zu korrigieren und die Schwebbahn als deutsch-chinesische Erfolgsgeschichte zu bezeichnen. Über den ursprünglich geplanten Einsatz des Transrapids auf anderen Strecken war kein Wort mehr

zu hören. In Berlin wurde das Thema von vornherein ausgeklammert.

Dagegen bekräftigte Schröder ein weiteres Mal bei einem seiner Treffen mit Wen sein Plädoyer für die Aufhebung des EU-Waffenembargos. Die Entscheidung dafür läge jedoch bei den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, er werde aber für die Aufhebung des Waffenembargos stimmen und sich außerdem bei anderen europäischen Regierungen dafür einsetzen, dass auch diese ihre Meinung ändern. Da sich bisher in der EU außer Schröder nur Frankreichs Staatspräsident Chirac offen für die Aufhebung des Embargos eingesetzt hatte, dankte Wen Schröder ganz besonders für seine „äußerst aktive Haltung“. Die Zurückhaltung der anderen EU-Staaten resultiert aus Chinas mangelnder Beachtung der Menschenrechte, sowie der fehlenden Bereitschaft Beijings, Signale zur Aussöhnung mit Taiwan zu senden.

Der weitere Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen war während Wens Besuch in Deutschland in Gesprächen mit führenden deutschen Unternehmern eindeutig das dominierende Thema. Innerhalb Europas gilt die Bundesrepublik als Chinas wichtigster Wirtschaftspartner. Wen unterzeichnete mehrere Verträge mit Unternehmen, unter anderem über den Bau zweier Autowerke: Wen genehmigte Daimler Chrysler die Produktion von Mercedes Limousinen in China. Volkswagen sprach von Plänen, mit seinem chinesischen Partner Shanghai Automotive Industry Corporation eine weitere Fabrik nahe Shanghai bauen zu wollen, die 150.000 Autos pro Jahr produzieren kann. Weitere Verträge über den Bau einer Halbleiterfabrik, sowie über die Lieferung von Flugzeugen und Schiffen wurden ebenfalls unterzeichnet.

Japan ist von China bereits als wichtigster Handelspartner Deutschlands abgelöst worden. Innerhalb der Partnerländer außerhalb der EU rangiert China bei den Importen aus Deutschland nach Amerika und der Schweiz auf Rang drei. Nur noch die USA exportieren mehr Güter nach Deutschland als China. Schröder und Wen erklärten, das Handelsvolumen der beiden Länder von derzeit 40 Mrd. US\$ bis zum Jahr 2010 verdoppeln zu wol-

len. Die chinesische Wirtschaft entwickle sich weiterhin sehr dynamisch, und das hohe Wachstum bestimme nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung in Asien, sondern ganz erheblich auch in anderen Ländern. Das belege, dass die chinesische Wirtschaft sich inzwischen fest in die Weltwirtschaft integriert habe, so Schröder. Das große Interesse deutscher Unternehmer am chinesischen Markt sei demnach „ungebrochen“. Man wolle sich auch in Zukunft regelmäßig treffen, um das Vorhaben, das Handelsvolumen zu verdoppeln, verwirklichen zu können. Außerdem bekräftigten beide Seiten während der Eröffnungsfeier des dritten Chinesisch-Deutschen Hochtechnologiedialogforums in Berlin, man wolle auf der Grundlage der bereits bestehenden Hochtechnologieforen die Kooperation weiter fördern. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Unternehmen, speziell der Klein- und Mittelständischen Unternehmen, solle in Zukunft noch stärker ins Zentrum der Bemühungen gerückt werden.

Auch in politischen Fragen suchte Schröder den Schulterchluss mit Beijing. In einer fünfseitigen Deklaration mit dem Titel „Partnerschaft in globaler Verantwortung“, die von Schröder und Wen in Berlin verabschiedet wurde, stellt sich die Bundesregierung in der Taiwan-Frage, ungeachtet Chinas jüngster Drohgebärden gegenüber Taiwan (vgl. Ü 4 in diesem Heft), so deutlich wie nie zuvor hinter die Position Chinas. In dem Text heißt es: „Die Bundesregierung wendet sich gegen die Unabhängigkeit Taiwans. Sie wendet sich auch gegen alle Schritte, die auf eine Verschärfung der Spannungen in der Straße von Taiwan gerichtet sind.“ Ein Treffen mit Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck im Potsdamer Schloss Cecilienhof, wo im August 1945 die Siegermächte mit dem Potsdamer Abkommen ihre Einflussgebiete in der Nachkriegswelt festgelegt hatten, nahm Wen zum Anlass zu betonen, damals sei unter anderem auch vereinbart worden, dass Taiwan nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zum chinesischen Vaterland zurückkehre und dass dies ein Sieg der Gerechtigkeit über das Böse sei. Den Hinweis darauf, dass es sich beim „chinesischen Vaterland“ damals um die Republik China, und nicht um die VR

China gehandelt hatte, unterließ Wen jedoch. „Die ganze Welt erkennt heute das Ein-China-Prinzip an“, erklärte Wen. „Die Wiedervereinigung des chinesischen Festlandes mit Taiwan wird mit Sicherheit in Erfüllung gehen, keine Kraft ist in der Lage, diese Strömung aufzuhalten.“

Weiterhin habe Wen die deutsche Bewerbung um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat im Rahmen einer grundlegenden Reform ausdrücklich unterstützt, auch wenn es im Kommuniqué lediglich heißt, „China begrüßt, dass die Bundesrepublik in den Vereinten Nationen eine noch größere Rolle spielt.“

Ferner heißt es in der Deklaration, beide Regierungen wollen gemeinsam „auf die Entwicklung einer kooperativen Weltordnung hinwirken“. Auch wird auf die Bedeutung der Menschenrechte für die bilateralen Beziehungen in der Erklärung hingewiesen. Ziele und Prinzipien der UN-Charta und der allgemeinen Menschenrechte sollen demnach von Beijing eingehalten und gefördert werden. Die deutsche Seite nimmt „zur Kenntnis“, dass die Ratifizierung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte von chinesischer Seite aktiv vorbereitet wird.

Bei einem Treffen mit Bundespräsident Johannes Rau am zweiten Tag seines Deutschlandbesuchs, hob dieser besonders hervor, welche wichtige Rolle die Volksrepublik in Hinblick auf die Sechs-Parteien-Gespräche bezüglich des Konflikts um das nordkoreanische Atomprogramm spiele. Wen traf außerdem mit Helmut Kohl, Angela Merkel, Guido Westerwelle und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse zusammen, wobei unter anderem der weitere Ausbau des Rechtsstaatsdialogs zur Sprache gebracht wurde. (XNA, 2., 3., 4., 5., 13.5.04; SCMP, 3.5.04; WSJ, 3., 5.5.04; RMRB, 12.4.04, nach BBC PF, 12.5.04; Xinhua, 3., 4., 13.5.04, nach BBC PF, 3., 4., 13.5.04; ST, 4., 5., 20.5.04; *Die Welt*, 29.4.04, nach BBC EF, 29.4.04; ZXS, 4.5.04, nach BBC PF, 4.5.04; *Spiegel* online, 3., 4.5.04; NZZ, 3., 4.5.04; HB, 27.4., 5.5.04; FAZ, 28.4., 3., 5.5.04; NfA, 5.5.04; *Frankfurter Neue Presse* online, 4.5.04) -eva-

2 Wen Jiabao besucht Belgien und EU-Institutionen in Brüssel

Auf der zweiten Station seiner Europareise, Belgien, traf Wen Jiabao am 5. Mai mit seinem belgischen Amtskollegen Premierminister Guy Verhofstadt und dem belgischen König Albert II zusammen. Der Sprecher des belgischen Außenministeriums sagte, die beiden Länder seien in den vergangenen Jahren stärker zusammengerückt, speziell gelte dies für die wirtschaftlichen Beziehungen. China spiele eine wichtige Rolle auf internationaler Bühne und Belgien würde daran weiterarbeiten, die Kooperation mit China in verschiedensten Bereichen zu vertiefen. Wen betonte in einem Gespräch mit Verhostadt, Chinas Nationaler Volkskongress sei sehr daran interessiert, mehr Kontakte mit dem Belgischen Parlament zu entwickeln, um das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und die sino-belgischen Beziehungen voranzutreiben. China und Belgien gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der die erneute Verstärkung des politischen Dialogs hervorgehoben wurde.

Am 6. Mai besuchte Wen die EU-Institutionen in Brüssel. Auf dem Programm standen dabei Gespräche mit EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, dem EU-Außenbeauftragten Solana, mehreren Kommissaren und ein Wirtschaftsforum.

Die beiden Hauptanliegen Chinas, die Aufhebung des EU-Waffenembargos, sowie die Gewährung des Status einer Marktwirtschaft, blieben indes ohne konkrete Zusage. Der Status einer Marktwirtschaft würde für China den Schutz vor möglichen Handelsbeschränkungen durch die EU-Partner verbessern.

Deutlicher als Prodi und Solana hatte Tags zuvor der belgische Premier Verhostadt auf die Verletzung von Menschenrechten in China hingewiesen, weshalb er als Vorbedingung für eine Aufhebung des Embargos ausdrücklich die Ratifizierung des von China bereits unterzeichneten Abkommens der Vereinten Nationen zum Schutz politischer und bürgerlicher Rechte nannte. Der Ansicht, China müsse vor einer Aufhebung erst weitere Defizite im Bereich der Menschenrech-

te ausräumen, sind auch die meisten EU-Mitgliedsstaaten. Wen erinnerte im Gegenzug an die Vorbereitungen, die China zur Ratifizierung der Vereinbarung derzeit leiste. Außerdem seien die Grundrechte in China erst kürzlich in der Verfassung des Landes gestärkt worden. Er verwies auf den von der EU und China eingerichteten Menschenrechtsdialog. Bei Wens Besuch der Europäischen Kommission, der erste Besuch eines chinesischen Premiers überhaupt, trat er jedoch bestimmt gegen eine Verknüpfung von Menschenrechtsfragen mit der Aufhebung des Waffenembargos, bzw. die Anerkennung Chinas als Staat mit umfassend funktionierender Marktwirtschaft ein.

Prodi sagte, China habe bei der Achtung der Menschenrechte Jahr für Jahr Fortschritte erzielt, Einzelheiten nannte er jedoch nicht. Eine Entscheidung über die Aufhebung des Embargos sei allerdings einzig und allein vom Ministerrat, dem Gremium aller 25 Mitgliedsstaaten zu treffen. Laut Diplomaten könnte sich ein möglicher Beschluss noch über Monate hinziehen. Prodi kündigte jedoch an, die EU-Kommission werde bis Ende Juni entscheiden, ob China den gewünschten Status einer Marktwirtschaft zugesprochen bekommt.

Eine Reihe unterzeichneter Abkommen, wie beispielsweise eine Vereinbarung zur engeren Zusammenarbeit der Zollbehörden bei der Bekämpfung von Markenpiraterie und Produktfälschungen, sollen zudem zu unkomplizierteren Wirtschaftsbeziehungen führen. Ein „hochrangiger Handelspolitik-Dialog“ wurde durch die Unterzeichnung weiterer Verträge ins Leben gerufen, die Teilnahme Chinas am paneuropäischen Galileo-Satelliten-Navigationssystem wurde zudem bekräftigt.

Zunehmend offener wurden auch die mit dem rasanten Wachstum des Handels einhergehenden Friktionen angesprochen. Vor dem Wirtschaftsforum äußerte Prodi vor allem Bedenken wegen der chinesischen Wechselkurspolitik und der noch unzureichenden Umsetzung der WTO-Verpflichtungen. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit, so die *Neue Zürcher Zeitung*, wurden außerdem von Seiten der Kommissionen die chinesischen Im-

portrestriktionen für Koks und Hindernisse für den Marktzugang ausländischer Bauunternehmer angesprochen. EU-Handelskommissar Pascal Lamy drohte mit einer Klage vor der Welthandelsorganisation, sollte Beijing den Export von Koks, die für die Stahlproduktion unerlässlich ist, weiter beschränken. Besonders die Autoindustrie sei davon betroffen, da die Restriktionen zu einer Vervielfachung des Kokspreises geführt hätten. Außerdem würde die EU-Textilindustrie durch den starken Anstieg der chinesischen Textil- und Bekleidungsexporte in Bedrängnis geraten. Prodi betonte jedoch ausdrücklich die wirtschaftlichen Vorteile für beide Seiten. „Der Handel zwischen der EU und China wird der größte in der Welt sein.“ Mit einem Handelsvolumen von 135 Mrd. Euro, was 7% des gesamten EU-Außenhandels ausmacht, ist China inzwischen der zweitwichtigste Handelspartner der EU nach den USA. Europa importiert dabei weit mehr, als exportiert wird, wobei bisher ein Handelsbilanzdefizit von 55 Mrd. US\$ entstanden ist. (XNA, 1., 4., 5., 6.5.04; NZZ, 7.5.04; Xinhua, 5., 6.5.04, nach BBC PF, 5., 6.5.04; ZXS, 6.5.04, nach BBC PF, 6.5.04; ST, 6.5.04; NfA, 6., 7., 25.5.04; SZ, 6.5.04; FT, 6., 18.5.04; FAZ, 7.5.04) -eva-

3 Wens weitere Europastationen: Italien, Großbritannien und Irland

Während Wens nächsten, drei Tage dauernden Aufenthalts in Italien standen Treffen mit Premier Silvio Berlusconi, Präsident Carlo Azeglio Ciampi, Außenminister Franco Frattini und anderen Regierungsvertretern an. Die Handelsbeziehungen der beiden Länder waren in den letzten Jahren wegen wiederholter Kritik von Italiens Wirtschaftsminister Giulio Tremonti an chinesischen Unternehmen aufgrund von illegalem Kopieren italienischer Güter merklich abgekühlt. In einer Rede während einer Unternehmerkonferenz sagte Berlusconi, er hoffe, China werde mit Hilfe Roms eine „große Demokratie“ werden, die bezüglich der Menschenrechte die gleiche Sichtweise wie die westlichen Staaten habe. Außerdem ermutigte er in seiner Rede italienische Unternehmer, in China zu investieren, während Wen

äußerte, China werde Kohlerestriktionen für italienische Kohlekäufer aufheben. Wen und Berlusconi veröffentlichten ein gemeinsames Kommuniqué, in dem sie übereinstimmten, die bilateralen Beziehungen weiter zu entwickeln, indem eine freundschaftliche, langfristige, stabile und nachhaltige strategische Partnerschaft etabliert wird. Außerdem wollen beide Seiten ein Regierungskomitee einrichten, um die bilaterale Kooperation auf den verschiedensten Gebieten zu verbessern. (WSJ, 6., 7.5.04; XNA, 6., 7., 8., 9.5.04)

Am 10. Mai ging es weiter nach London, wo Wen mit militärischen Ehren im Hof des Foreign Office von Premierminister Blair und Außenminister Straw begrüßt wurde. Auch die britische Königin Elisabeth II empfing den chinesischen Gast. Nachdem Blair im letzten Juli China besucht hatte und im kommenden Jahr wieder hinreisen wird, sollen nun jährliche Treffen der Regierungschefs zur Routine werden. Auch bei dem jetzigen Besuch bildeten wirtschaftliche Themen den Schwerpunkt der Gespräche. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz erinnerte Blair daran, dass Großbritannien der größte europäische Investor in China sei, bei den Exportzahlen jedoch Frankreich und Deutschland vorne lägen. Im Verlauf des Besuchs wurden zwischen britischen Unternehmen und chinesischen Vertretern neue Kontrakte im Wert von über einer Milliarde Pfund unterzeichnet. China und Großbritannien gaben eine gemeinsame Erklärung ab, der zufolge eine „umfassende strategische Partnerschaft“ entwickelt werden soll. Mit einer Vereinbarung über den Touristenverkehr soll laut Blair die illegale Einwanderung von Chinesen nach Großbritannien bekämpft werden. Näheres zur Umsetzung wurde dazu nicht bekannt. Auch in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung sollen regelmäßige Konsultationen stattfinden. Wen betonte dabei ausdrücklich, dass zur Vertiefung der Zusammenarbeit auch offene Gespräche über mögliche Differenzen gehören. Diese Anspielung galt dem sensiblen Thema Hongkong, wo Beijing den Wortlaut der Vereinbarungen bei der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronko-

lonie vor fünf Jahren anders interpretiert. Erst vor kurzem hat die chinesische Legislative verfügt, dass es für die 2007 und 2008 anstehenden Wahlen keine Modifikation in Richtung allgemeine Volkswahl geben wird (vgl. C.a., 2004/4, Ü 26).

Von Blair überhört blieben die Fragen der Journalisten bei einer Pressekonzferenz, die ihn mit Fragen zur Misshandlung von Gefangenen im Irak überhäufte und Interesse daran bekundete, ob dies seine Intervention bei Wen zur Lage der Menschenrechte in China untergrabe. (Xinhua, 8., 10., 11., 25.5.04, nach BBC PF, 8., 10., 11., 25.5.04; WSJ, 9.5.04; XNA, 9., 10., 11., 25.5.04; SCMP, 10., 11.5.04; ZXS, 10.5.04, nach BBC PF, 10.5.04; ST, 11.5.04; NZZ, 11.5.04; FT, 9.5.04)

Am 11. Mai kam Wen in Irland als letzter Station seiner Europareise an, das momentan die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union innehat. Während Gesprächen mit dem irischen Premierminister Bertie Ahern in Dublin gaben sich beide Seiten das Versprechen, mehr Bemühungen zu unternehmen, die bilateralen Beziehungen voranzubringen. Beide Länder unterzeichneten ein Memorandum of Understanding über die Aufnahme von Irland als einem Reiseziel für chinesische Staatsbürger. Ahern betonte, die irische Regierung werde unzweifelhaft an ihrer Ein-China-Politik festhalten und stehe bereit, um die Partnerschaft mit Beijing zu intensivieren. In einem Gespräch mit der irischen Präsidentin Mary McAleese betonte Wen die Bedeutung eines starken und stabilen Europas für die ganze Welt. (XNA, 11., 12.5.04; Xinhua, 12.5.04, nach BBC PF, 12.5.04; RTE web site teletext Dublin, 12.5.04, nach BBC PF, 12.5.04; ST, 13.5.04) -eva-

4 Zwischen Drohung und Flexibilität – neue Darstellung der chinesischen Position zur Taiwan-Frage

Es ist eine überaus unangenehme Vorstellung für China, sich weitere vier Jahre mit Chen Shui-bian als politischem Führer auf Taiwan abfinden zu müssen. Bei der Präsidentschaftswahl im März errang dieser eine hauchdünne Mehrheit (vgl. C.a., 2004/3, Ü 1 und „Demokratie im Krebsgang? At-

tentat, Präsidentschaftswahl und 'Referendum', in: C.a., 2004/3, S.275-285) und wurde, trotz des Vorwurfs der Unregelmäßigkeiten bei der Wahl, am 20. Mai feierlich in seine zweite Amtsperiode eingeführt. (Siehe auch die Übersicht in der Rubrik „Taiwan“ in diesem Heft) Im Vorfeld seiner Amtseinführung äußerte sich Beijing mehrfach zu den Beziehungen beiderseits der Taiwan-Straße und machte seine ablehnende Haltung gegenüber Chen Shui-bian erneut deutlich. Es wurden einerseits handfeste Drohungen ausgesprochen, aber andererseits – unter gewissen Voraussetzungen – auch ein bislang unbekanntes Entgegenkommen signalisiert. Die Führung in Beijing versuchte überwiegend durch verbale Drohungen einzuschüchtern, jedoch wurde auch militärische Stärke gezeigt.

Drei Wochen vor Chens Vereidigung lag die seit vielen Jahren größte Anzahl chinesischer Kriegsschiffe demonstrativ im Hafen von Hongkong. Man versicherte von chinesischer Seite zwar, der Besuch der Marine in Hongkong hätte nichts mit der Situation jenseits der Taiwan-Straße zu tun, betonte jedoch gleichzeitig, die Volksbefreiungsarmee sei jederzeit in der Lage, die Stabilität auf Taiwan zu sichern. (Zhongguo Tongxun She, 2.5.04, nach BBC PF, 2.5.04; Central News Agency, 4., 5.5.04, nach BBC PF, 4., 5.5.04)

Auch die kurz vor dem Beginn der neuen Amtsperiode des taiwanischen Präsidenten in China erneut aufflammende Diskussion um ein Wiedervereinigungsgesetz provozierte die Gemüter in Taiwan, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Die Idee eines solchen Gesetzes ist in der Volksrepublik nicht neu, lag ein erster Entwurf doch schon im November 2002 vor. Daher liegt der Schluss nahe, dass die aktuelle Debatte um das Gesetz auf diesen Zeitpunkt abgestimmt war. Es würde Beijings Anspruch auf das Territorium Taiwans gesetzlich verankern und somit, im Falle seiner Unabhängigkeitserklärung, einen militärischen Angriff legitimieren. (XNA, 12.5.04; Central News Agency, 12.5.04, nach BBC PF, 12.5.04; Xinhua, 12.5.04; SCMP, 12.5.04; WSJ, 12., 16.5.04; *Ta Kung Pao* web site, 13.5.04, nach BBC PF,

13.5.04; ST, 13.5.04; Phoenix TV web site, 17.5.04)

Die umfassendste aktuelle Darstellung der offiziellen chinesischen Position im Hinblick auf die Beziehungen beiderseits der Taiwan-Straße wurde drei Tage vor der Amtseinführung durch ein gemeinsames Dokument des unter dem Staatsrat stehenden Taiwanbüros und des Büros für Taiwan-Angelegenheiten, das dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei untergeordnet ist, veröffentlicht. Mit scharfen Worten kritisierte die chinesische Seite Chen Shui-bian als einen Mann, der während der ersten Amtszeit seine Versprechen gebrochen habe. Obwohl er vor vier Jahren zugesagt hätte, keine Schritte hin zu einer formellen Unabhängigkeit Taiwans zu unternehmen, seien sowohl das von ihm initiierte Referendum, als auch der von ihm ausgehende Versuch einer Verfassungsänderung Handlungen in diese Richtung. Man stellte zwei Wege für die weitere Entwicklung Taiwans in Aussicht: Entweder es gäbe eine sofortige Abkehr vom „gefährlichen Schlingern“ in Richtung Unabhängigkeit, oder die separatistischen Tendenzen würden weiter verfolgt und Taiwan würde schließlich durch „das Spiel mit dem Feuer“ seiner eigenen Zerstörung entgegengehen. (WSJ, 16.5.04; Xinhua, 16.5.04, nach BBC PF, 16.5.04) Eine friedliche Lösung sei jedoch die dringlichste Aufgabe für beide Seiten, hieß es weiter in der Verlautbarung. Die taiwanischen Behörden würden daher aufgefordert, den Dialog mit dem Festland wieder aufzunehmen, die Feindseligkeiten durch Konsultationen zu beenden, einen Mechanismus für den Aufbau gegenseitigen Vertrauens auf militärischem Gebiet zu schaffen, direkte Post-, Verkehrs- und Handelsverbindungen wieder aufzunehmen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. Auch das Thema der internationalen Anerkennung Taiwans könne in Konsultationen diskutiert werden, so war der Erklärung zu entnehmen. Voraussetzung für diese Zugeständnisse, für Frieden, soziale Stabilität und wirtschaftliche Prosperität beiderseits der Taiwan-Straße sei jedoch die Anerkennung des Ein-China-Prinzips, von dem man niemals abrücken werde. Wenn die Unabhängigkeitsbestrebungen gestoppt würden und es Zustim-

mung zur Ein-China-Politik gäbe, sei es egal, wer die nächsten vier Jahre die Macht in Taiwan ausübe. Bei einer weiteren Verfolgung der separatistischen Tendenzen sei die Hoffnung auf Frieden und Stabilität jedoch vergebens, denn für das chinesische Volk gäbe es nichts Wichtigeres und Heiligeres als der Schutz der Souveränität und der territorialen Integrität seines Landes, hieß es in der offiziellen Darstellung. (WSJ, 16.5.04; Xinhua, 16.5.04, nach BBC PF, 16.5.04; XNA, 17.5.04)

Neben dem scharfen verbalen Angriff auf die Person Chens und der eindringlichen Drohung, die Beijing auf diese Weise nach Taiwan sandte, enthielt die Botschaft auch Zugeständnisse nie da gewesener Art. Erstmals griff Beijing zwei von Taipei vorgeschlagene Konzepte auf. Zum einen betrifft das die vertrauensbildenden Maßnahmen auf militärischem Gebiet, die ursprünglich zwischen den USA und der Volksrepublik China eingesetzt wurden. Des Weiteren wird der von Chen im Wahlkampf verwendete Ausdruck eines „Rahmens von Frieden und Stabilität beiderseits der Taiwan-Straße“ gebraucht. Auch die angebotenen Konsultationen bezüglich einer begrenzten Anerkennung Taiwans durch internationale Organisationen sind als ein großes Zugeständnis Beijings zu bewerten. Die chinesische Führung gibt sich einerseits gesprächsbereit und offen für ein Entgegenkommen in wirtschaftlicher und diplomatischer Hinsicht, zeigt jedoch gleichzeitig ihre Ungeduld hinsichtlich der Fortschritte in der Taiwan-Frage. (FT, 17.5.04, S.6; *Basler Zeitung*, 17.5.04; IHT, 17.5.04; ST, 18.5.04; NZZ, 18.5.04)

In einer Expertenrunde chinesischer Wissenschaftler, die als Sprachrohr der offiziellen Meinung fungierte, wurde einen Tag vor der Vereidigung Chens deutlich gemacht, dass die chinesische Regierung auch einen hohen Preis zahlen würde, um sich einer Unabhängigkeit Taiwans entgegenzustellen. Laut der Wissenschaftler würde sie sogar „eine Verlangsamung der Modernisierungsbestrebungen, eine Umkehr der chinesisch-amerikanischen Beziehungen und eine[n] Boykott der Olympischen Spiele 2008 in Peking“ (Deutsche Welle online, 20.5.04) in Kauf nehmen. (Xinhua, 18.5.04, nach BBC PF, 18.5.04)

Die USA kritisierten China wegen der Androhung einer militärischen Auseinandersetzung in vorsichtiger Weise, jedoch enthielte die Erklärung auch positive Elemente, hieß es. Als Sicherheitsgarant Taiwans haben die Vereinigten Staaten von Amerika keinerlei Interesse an einer Eskalation der Situation. Aus taktischen Maßnahmen sandten sie auch kein Kabinettsmitglied nach Taipei, um der Antrittszeremonie Chen Shui-bians beizuwohnen, sondern stattdessen einen Kongressabgeordneten. Beijing opponierte erwartungsgemäß trotzdem gegen diese Handlung. (WSJ, 13., 17., 18., 19.5.04; XNA, 18.5.04; ST, 19.5.04)

Obwohl Chen in seiner Antrittsrede zur zweiten Amtsperiode eine sehr ausgewogene Rhetorik wählte und jegliche verbale Provokation vermied, (vgl. unten in diesem Heft) verurteilten ihn die staatlichen chinesischen Medien aufs Neue. Trotz wohlklingender Worte könne er seine wahre Intention einer Unabhängigkeit Taiwans nicht verbergen, hieß es in chinesischen Medienberichten, die sich ansonsten überwiegend auf die Proteste der Opposition am Rande der Amtseinführung konzentrierten. (WSJ, 20., 21., 23.5.04; FT, 22./23.5.04, S.4) Die Zentralregierung reagierte auf Chens Rede zunächst nicht auf direkte Art. Das chinesische Außenministerium nannte ihn jedoch nur wenige Stunden nach der Vereidigung die „größte aktuelle Gefahr für den Frieden und die Stabilität auf Taiwan“. (WSJ, 21.5.04) Erst einige Tage nach Chens Vereidigung äußerte sich die chinesische Regierung zu seiner Rede. Chen zeige keine Ernsthaftigkeit in der Verbesserung der Beziehungen, ließ das Taiwanbüro verlauten, sonst würde er zugeben, dass Taiwan und das chinesische Festland zu einem einzigen Land gehören. (RTHK Radio 3 web site, 24.5.04, nach BBC PF, 24.5.04; WSJ, 24.5.04; CCTV 4, nach BBC PF 24.5.04; ST, 25.5.04; FT, 25.5.04, S.6) -cam-

5 Erstes Treffen der neu geschaffenen Arbeitsgruppe im Atomkonflikt mit Nordkorea

Vertreter der sechs Staaten, die um eine Lösung im Konflikt um das nordkoreanische Atomprogramm bemüht

sind, trafen sich vom 12. bis 15. Mai erstmals im Rahmen einer Arbeitsgruppe in Beijing. Die auf der zweiten Verhandlungsrunde der Sechs-Parteien-Gespräche im Februar beschlossene Einrichtung dieser Arbeitsgruppe (vgl. C.a., 2004/2, Ü 1) wurde somit erst dreieinhalb Monate später durch dieses Treffen umgesetzt. (Vgl. auch C.a., 2004/4, Ü 2)

Je eine Delegation aus Nordkorea, China, der USA, Südkorea, Japan und Russland vertraten die sechs teilnehmenden Parteien, die dieser ersten Zusammenkunft der gemeinsamen Arbeitsgruppe alle einen hohen Stellenwert einräumten. Wie schon bei den vorangegangenen Sechs-Parteien-Gesprächen, fungierte die chinesische Seite auch dieses Mal als Gastgeber und Verhandlungsführer der Diskussionen, wofür ihr die anderen Parteien dankten. Um sämtliche Themenbereiche ausführlich erörtern zu können, sprachen sich vor Beginn der Beratung alle sechs Seiten dafür aus, dieses erste Arbeitsgruppen-Treffen zeitlich offen zu gestalten. Es endete nach vier Tagen, was die westliche Presse als „unerwartet schnell“ bewertete. (FT online, 14.5.04)

Laut eines Sprechers des chinesischen Außenministeriums brachten alle Delegationen neue Inhalte in die Diskussion ein, jedoch gelangten hierzu keine näheren Details in die Öffentlichkeit. Verschiedenen Quellen zufolge wurde das Treffen als ernsthaft und offen bezeichnet, dennoch bestünden weiterhin große Differenzen zwischen den Standpunkten. Nordkorea zeigte dies unter anderem im Fernbleiben seiner Delegation von einer der angesetzten Plenarsitzungen. Auch auf einem bilateralen Treffen der Delegationen Nordkoreas und der USA wurden die Meinungsverschiedenheiten der beiden Hauptkontrahenten deutlich sichtbar.

Ning Fukui, Sonderbeauftragter des chinesischen Außenministeriums für Angelegenheiten auf der Koreanischen Halbinsel sowie Leiter der chinesischen Delegation, erklärte, man habe sich detailliert und tiefgründig über spezifische Wege und Schritte hin zu einem Abbruch des nordkoreanischen Atomprogramms inklusive möglicher Sicherheitsgarantien für Nordkorea unterhalten. Die involvierten Parteien

äußerten sich insgesamt durchweg positiv zu den Gesprächen. Joseph DeTrani, Leiter der amerikanischen Delegation, nannte die Zusammenkunft ein „gutes Treffen“ und sprach von Fortschritten. Sichtbare inhaltliche Erfolge im Diskussionsprozess waren jedoch nicht zu verbuchen. Ein Durchbruch in den Verhandlungen wurde von diesem ersten Treffen der gemeinsamen Arbeitsgruppe ohnehin nicht erwartet. Vielmehr stand der Meinungsaustausch der sechs Parteien im Vordergrund, um Klarheit über die jeweiligen Positionen und um gegenseitiges Vertrauen für weitere Gesprächsrunden auf höchster Ebene zu schaffen. Immerhin hielten alle Seiten weiterhin an einer friedlichen Lösung des Konfliktes fest und vereinbarten ein zweites Treffen der Arbeitsgruppe kurz vor den dritten Einigungsgesprächen auf Vizeminister-Ebene. Diese dritte Sechs-Parteien Gesprächsrunde soll laut der Februar-Verhandlungen noch vor Ende Juni stattfinden und wird zurzeit auf diplomatischer Ebene vorbereitet. Ein Termin hierfür ist bislang jedoch nicht festgesetzt.

Neben der multilateralen Verständigung im Konflikt um das nordkoreanische Atomprogramm fanden vor, während und nach den Gesprächen der Arbeitsgruppe auch diverse bilaterale Treffen statt. Unter anderem führte Ning Fukui hierzu Anfang Mai Gespräche in Washington; der chinesische Außenminister Li Zhaoxing reiste zu diesem Zweck Ende des Monats nach Südkorea. (Zhongguo Xinwen She, 3.5.04, nach BBC PF, 4.5.04; Xinhua, 29.4., 13., 15.5.04, nach BBC PF, 29.4., 13., 15.5.04; XNA, 10., 11., 12., 13., 14., 15., 18.5.04; China Radio International, 17.5., 9.6.04, nach China Internet Information Center, 17.5., 9.6.04; Arms Control Association web site, April 04, 17.6.04; Yonhap, 4., 27.5.04, nach BBC PF, 4., 27.5.04; *Ta Kung Pao* web site, 13.5.04, nach BBC PF, 13.5.04; *Mainichi Shimbun* web site, 30.4.04, nach BBC PF, 30.4.04; FT Deutschland, 5., 14.5.04; *Pravda* online, 15.5.04) -cam-

6 Die brasilianische Regierung erklärt Besuch in China zur ihrer „wichtigsten Auslandsreise“

Vor dem Hintergrund des dreißigsten Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Brasilien reiste der brasilianische Präsident Luiz Inacio Lula da Silva auf Einladung seines chinesischen Amtskollegen Hu Jintao vom 22. bis 27. Mai zu einem Staatsbesuch nach China. Die Bedeutung, die die brasilianische Regierung diesem Besuch beimaß, kann schon durch die hochrangige und zahlenmäßig starke Besetzung der den Staatspräsidenten begleitenden Delegation aus Wirtschaft und Politik erahnt werden: sieben Minister, sechs Landesgouverneure und über 400 Repräsentanten aus der Wirtschaft begleiteten Lula da Silva in China. Dies sei die größte brasilianische Wirtschaftsdelegation auf einem Auslandsbesuch, erklärte der brasilianische Botschafter in China und unterstrich damit das von Lula da Silva erklärte primäre Ziel einer Stärkung der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen durch den Staatsbesuch. (*Der Standard* online, 24.5.04)

Das Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten nahm in den letzten Jahren deutlich zu und betrug im Jahr 2003 etwa 8 Mrd. US\$. (XNA, 19., 21.05.04) Brasilien ist heute Chinas wichtigster Handelspartner in Lateinamerika und China avancierte im vergangenen Jahr zum drittgrößten Markt im brasilianischen Exportgeschäft. Die wichtigsten Importprodukte Chinas aus Brasilien sind Soja und Eisen. (*Tageschau*, 25.5.04) Der weltweit größte Eisenerzproduzent ist ein brasilianisches Unternehmen, das mit Exportsteigerungen nach China von 16% bis 2008 rechnet. (*Rheinischer Merkur*, 20.5.04)

Die Regierungen beider Länder sind insbesondere an einer wirtschaftlichen Kooperation im Energiebereich interessiert. China, als das Land mit dem zweitgrößten Energieverbrauch der Welt ist längst auf den Import von Erdöl und anderen Energieträgern angewiesen. (Vgl. Thema „Energiesicherheit in China: Instrumente zur Versorgungssicherung“, in: C.a., 2004/4, S.398-405) Brasilien hinge-

gen fördert Erdöl über seinen eigenen Verbrauch hinaus auch für den Weltmarkt und ist an langfristigen Lieferverträgen nach China interessiert. Daher wurde der Kooperationsvereinbarung zwischen der staatlichen brasilianischen Erdölgesellschaft Petrobras und dem staatlichen chinesischen Ölkonzern China Petroleum & Chemical Corporation (Sinopec) ein sehr hoher Stellenwert während des Staatsbesuches eingeräumt. Lula da Silva persönlich eröffnete in Beijing eine Vertretung dieses größten brasilianischen Staatsunternehmens und erklärte, Petrobras spiele eine „bedeutende Rolle in der Partnerschaft zwischen China und Brasilien“. (*Der Standard* online, 24.5.04) Die beiden Länder vereinbarten außerdem, ein Abkommen zur friedlichen Nutzung von Atomkraft schließen zu wollen. Schon im Oktober letzten Jahres war angekündigt worden, dass schwach angereichertes Uran aus Brasilien ab Mitte dieses Jahres die beiden chinesischen Atomkraftwerke versorgen könnte. Nun teilte der brasilianische Wirtschaftsminister mit, Brasilien könne China darüber hinaus beim Bau von elf Atomkraftwerken helfen. Auch die chinesische Kommission für Forschung und Militärtechnik bekundete Interesse an der Technologie zur Anreicherung von Uran sowie am Kauf des nicht angereicherten Rohstoffes. (*Basler Zeitung*, 25.5.04; *Agence France Press*, 26.5.04)

Über eine engere Zusammenarbeit ist auch im Bereich der Raumfahrt diskutiert worden. Nachdem die chinesisch-brasilianische Kooperation auf diesem Gebiet im Jahr 1998 ihren Ausgangspunkt nahm, wurde Ende letzten Jahres ein Abkommen zum gemeinsamen Bau von zwei Erdbeobachtungssatelliten unterzeichnet. Während des aktuellen Staatsbesuches konnte die gemeinsame Entwicklung von zwei weiteren Satelliten durch Joint Ventures beschlossen werden. (XNA, 19.5.04) Neben den erwähnten Bereichen nahmen auch die Luftfahrt und die Biotechnologie einen hohen Stellenwert in den bilateralen Gesprächen ein.

Lula da Silva betonte, beide Regierungen sowie Unternehmer aus beiden Ländern hofften, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die gegenseitigen Investitionen in Zukunft noch ausweiten zu können.

Auf politischer Ebene zeigten sich die Staatspräsidenten ebenso einmütig wie im Wirtschaftsbereich. Die Präsidenten beider Staaten unterzeichnet ein gemeinsames Kommuniqué zwischen Brasilien und China, das die folgenden vier Prinzipien als Grundlage der Weiterentwicklung der strategischen Partnerschaft zwischen Brasilien und China dargestellt: 1. Förderung von gegenseitigem politischen Vertrauen durch gleichrangige Konsultationen. 2. Ausweitung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und beiderseitigem Vorteil. 3. Verstärkung der Kooperation in internationalen Angelegenheiten durch Koordination und Beratung. 4. Förderung von Beziehungen jenseits der Regierungsebene und Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses. (Xinhua, 24.5.04, nach BBC PF, 24.5.04; XNA, 24.5.04)

Laut Aussage von Hu Jintao hätten beide Seiten auch zu vielen Themen der internationalen Politik identische oder ähnliche Standpunkte. Lula da Silva erklärte in Beijing, dass beide Staaten „die Vision einer gerechteren und faireren Weltordnung“ teilten, die „auf Multipolarität und Völkerrecht beruhe“. (Tageschau, 25.5.04) Der brasilianische Präsident sprach sich für ein stärkeres Bündnis zwischen China und Brasilien zum Zwecke einer besseren Interessenvertretung der Schwellenländer aus. Durch die gemeinsame Sichtweise sei eine „bessere Koordinierung mit anderen Entwicklungsländern“ sowie in „großen internationalen Fragen“ möglich. (Tageschau, 25.5.04) Regierungsvertreter beider Staaten nahmen auch an der in Shanghai stattfindenden Weltbank-Konferenz zur Armutsbekämpfung teil, auf der neben Lula da Silva auch der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao die reichen Länder zu mehr Unterstützung gegenüber den ärmeren Ländern aufforderte. (FT, 27.5.04, S.7) Beide Staaten unterstützen darüber hinaus Reformen im UN-Sicherheitsrat sowie eine größere Beteiligung der Entwicklungsländer an diesem UN-Gremium.

Des Weiteren wurde eine Vereinbarung zur Bildung eines chinesisch-brasilianischen Komitees zur Kooperation und Koordination der Beziehungen getroffen. Dieser hochrangige Aus-

schuss, der die bilateralen Beziehungen auf Regierungsebene koordinieren soll, wird unter dem Vorsitz der chinesischen Vize-Ministerpräsidentin Wu Yi und des brasilianischen Vizepräsidenten Jose Alencar stehen. (Xinhua, 24.5.04, nach BBC PF, 24.5.04) Im gemeinsamen Kommuniqué wird hervorgehoben, dass die strategische Partnerschaft zwischen China und Brasilien eine wichtige Komponente in den chinesisch-lateinamerikanischen sowie in den asiatisch-lateinamerikanischen Beziehungen darstelle. (Xinhua, 24.5.04, nach BBC PF, 24.5.04)

Dem Staatsbesuch war eine Serie bilateraler Treffen vorausgegangen, bei der Lula da Silva im April unter anderem 40 chinesische Unternehmer der verschiedensten Branchen in Brasilien empfing. In diesem Zusammenhang wurde ein Abkommen zur Bildung eines chinesisch-brasilianischen Wirtschaftsrates unterzeichnet. (XNA, 19., 20., 22., 24., 25.5.04; Xinhua, 24.5.04, nach BBC PF, 24.5.04; *Der Standard* online, 24.5.04; *Tageschau*, 25.5.04; China Radio Internaional, 25.5.04, nach China Internet Information Center, 25.5.04; Agence France Press, 26.5.05; *Basler Zeitung*, 25.5.04; Agencia Estado, 21.5.04, nach BBC PF, 21.5.04) -cam-

7 China kritisiert Menschenrechtsverletzungen der USA und erste UN-Resolution

Im Zuge der weltweiten Verurteilung der bekannt gewordenen Folterungen des Militärs im Irak, übte auch China Kritik an den USA. China, das sonst seitens der USA in Verruf steht, Menschenrecht zu missachten, bekam dadurch die Möglichkeit eines verbalen Rückschlags.

Ein Sprecher des Außenministeriums, Liu Jianchao, sagte auf einer Pressekonferenz am 11. Mai, die Folterungen im Irak würden die Genfer Konvention, sowie andere internationale Verträge verletzen. China verurteile die Folterungen im Irak massiv. Liu fügte hinzu, China halte daran fest, dass auch die USA und Großbritannien die grundlegenden Menschenrechte irakischer Gefangener schützen müssten und sich an die Genfer Konvention zu halten hätten. Liu sagte au-

ßerdem, die Vorfälle im Irak zeigten, dass Menschenrechtsprobleme in verschiedenen Formen in jedem Land der Welt, in jeder Region auftreten können. Der Schutz der Menschenrechte sei für die gesamte Menschheit und alle Staaten dieser Erde von grundlegender Bedeutung. Am besten fördere man diesen Schutz durch Dialog, anstatt durch Konfrontation. Chinesische Medien stellten zudem den „Wächter und Richter“ der Menschenrechte, die USA, wegen der Folterungen an den Pranger.

China hat zudem ein informelles Dokument an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingereicht, wonach eine baldige politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Irak, sowie eine stärkere Rolle der irakischen Übergangsregierung und der Vereinten Nationen unbedingt notwendig seien. Am 30. Juni solle demnach sowohl die militärische Besetzung des Irak enden und gleichermaßen die volle Souveränität in Fragen der Sicherheit und Wirtschaft an den Irak übergeben werden. Damit stellte sich China der vorläufigen Irak-Resolution der USA und Großbritanniens vom 24. Mai vor dem UN-Sicherheitsrat entgegen, in welcher dem Irak zwar Unterstützung für eine Übergabe der Souveränität für den 30. Juni zugesagt wird, jedoch die Dauer der Truppenstationierung im Irak unklar bleibt. China kritisierte – ebenso wie die Kriegsgegner Russland, Frankreich und Deutschland – diesen ersten amerikanisch-britischen Entwurf und forderte Änderungen vor allem dahingehend, dass das künftige Verhältnis zwischen den multinationalen Truppen und der Interimsregierung in Bagdad genauer definiert werden müsse. Wie die USA, Großbritannien, Russland und Frankreich, so hat auch China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein Vetorecht. Zur Verabschiedung einer UN-Resolution werden mindestens 9 der 15 Ratsstimmen benötigt. Legt nur eines der fünf permanenten Mitglieder ein Veto ein, kommt die Resolution nicht zustande. In dem informellen chinesischen Dokument wurden auch Vorschläge gemacht, wie der Wiederaufbau des Irak in wirtschaftlicher und gesetzlicher Hinsicht auszusehen hätte.

Der Französische UN-Botschafter Sablière betonte, die chinesischen Vor-

schläge hätten die volle Unterstützung zahlreicher Mitglieder des Sicherheitsrates, inklusive Frankreichs, das ähnliche Änderungsvorschläge eingereicht habe.

Italiens Präsident Carlo Azeglio Ciampi hob in einem Brief an Hu Jintao hervor, welch zentrale Rolle China bei einer stärkeren Einbindung der Vereinten Nationen im Irak spiele.

In einem Telefongespräch zwischen Hu Jintao und Bush am 29. Mai betonte Hu noch einmal, der richtige Weg sei, die volle Souveränität des Irak so bald wie möglich wiederherzustellen, freie demokratische Wahlen schnellstmöglich abzuhalten und eine irakische Regierung mit starker Einbindung der Vereinten Nationen, die eine zentrale Rolle spielten, entstehen zu lassen. Bush erklärte, dass die USA weiterhin gerne in dieser Sache mit China kooperieren möchten. (RMRB, 7., 13., 28.5.04, nach BBC PF, 7., 13., 28.5.04; XNA, 10., 11., 17., 18., 25., 26., 27., 29.5.04; Xinhua, 11., 18., 19., 20., 25., 27.5.04, nach BBC PF, 11., 18., 19., 20., 25., 27.5.04) -eva-

8 Keine Entschädigung für chinesische Zwangsarbeiter in Japan

Einer Entscheidung des Obergerichtes Fukuoka zufolge erhalten 15 chinesischen Kläger, die während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeit in japanischen Kohleminen verrichten mussten, keine Entschädigung. Die Männer gehörten zu einer Gruppe von etwa 3.000 Chinesen, die zwischen Juli 1943 und März 1945 in westjapanischen Kohleminen der Firma Mitsui Mining Co. arbeiteten. Das Gericht bestätigte zwar, dass der japanische Staat und das Unternehmen gemeinsam daran beteiligt waren, die 15 Männer nach Japan zu bringen, wo sie unbezahlt und unter schlechten Arbeitsbedingungen zur Arbeit im Bergbau gezwungen wurden, jedoch sei ihr Anspruch auf Entschädigung verjährt, da es ihnen seit 1986 möglich gewesen sei, ins Ausland zu reisen und somit Klage zu erheben.

Dieser Gerichtsbeschluss hob eine Entscheidung des Bezirksgerichtes Fukuoka vom April 2002 auf, in dem die Mitsui Mining Co. zur Zahlung von 165 Mio. Yen (ca. 1,5 Mio. US\$) verur-

teilt worden war. Der aktuelle Richterspruch könne auch Auswirkungen auf noch ausstehende Gerichtsentscheidungen bezüglich der Entschädigung ehemaliger chinesischer Zwangsarbeiter haben, so die japanische Nachrichtenagentur Kyodo. Bisher wurden hierzu acht Urteile von Bezirksgerichten ausgesprochen, die zu sehr widersprüchlichen Entscheidungen kamen.

Verschiedene chinesische Organisationen, wie die All China Lawyers Association, protestierten gegen die aktuelle Gerichtsentscheidung und nannten sie „unverantwortlich“. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte, Zwangsarbeit sei eine der gravierendsten Taten, die Japan gegenüber China verübt hätte und forderte die japanische Regierung daher auf, die Thematik angemessen und in verantwortlicher Weise zu behandeln. (XNA, 24., 25.5.04; Kyodo News Service, 24.5.04, nach BBC PF, 24.5.04) -cam-

9 Tschechisches Radar soll nicht an China verkauft werden

Die dreijährigen Verhandlungen der tschechischen Firma Omnipol mit Beijing sind schließlich doch gescheitert: Die Tschechische Republik stoppte einen Export des Radar-Überwachungssystems Vera an China. Die Anfang 2004 erteilte Genehmigung durch das Handels- und Industrieministerium wurde zurückgezogen, was letzten Endes auf einen Appell der amerikanischen Regierung zurückzuführen ist. US-Präsident Bush und Außenminister Powell hatten gegenüber dem tschechischen Ministerpräsidenten Vladimir Spidla ihre Bedenken dahingehend geäußert, dass Vera, einmal in die Hände der Chinesen gelangt, vor Taiwan stationierten amerikanischen Schiffen und Flugzeugen gefährlich werden könnte. Vera, ein so genanntes „passives Radar“, kann Wellen zwar empfangen, nicht aber aussenden, wodurch es sich vorzüglich zur Ortung feindlicher Radarsysteme eignet. Die Vereinigten Staaten hatten überdies Bedenken, dass das System über China auch an andere Staaten, wie zum Beispiel den Iran, verkauft werden könnte. Außerdem, so der US-Standpunkt, würde ein Verkauf des

Radars das EU-Waffenembargo verletzen. Das tschechische Kabinett beschloss daraufhin, dass die Ausfuhr „nicht im außenpolitischen Interesse Tschechiens“ sei.

Die Prager Regierung verzichtete aber nur auf den Verkauf, wenn nun statt China die USA das Radar kaufen. Über eine Zusage seitens der USA wurde bisher nichts bekannt. Geplant war der Verkauf von zehn Systemen des Typs Vera für ca. 47 Mio. Euro an China. Die chinesische Regierung hat sich indes nicht offiziell zum Scheitern der Verhandlungen geäußert. (HB, 21.5.04; FAZ, 21.5.04) -eva-

Innenpolitik

10 Weißbuch zur Autonomie Tibets veröffentlicht

Am 23. Mai veröffentlichte das Informationsbüro des Staatsrats der Volksrepublik ein Weißbuch mit dem Titel „Regionale ethnische Autonomie in Tibet“ (*Xizang de minzu quyü zizhi*). Das Dokument habe das Ziel, „das Verständnis der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich Chinas Minderheitenpolitik“ in Tibet zu erhöhen, so die Verfasser. Darüber hinaus soll das Papier über die politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der Autonomen Region in den letzten 40 Jahren informieren. Der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge handelt es sich um das erste Weißbuch dieser Art in der Geschichte der Volksrepublik.

Tatsächlich reiht sich der Text nahtlos in einen Kanon von Dokumenten ein, die alle darauf abzielen, ausländische Kritik an Chinas Tibetpolitik zu entkräften (vgl. C.a., 1999/9, Ü 12; 2000/6, Ü 29; 2001/11, Ü 9). So veröffentlichte das Informationsbüro in den letzten Jahren beispielsweise Weißbücher (*baipi shu*) zu Menschenrechten in Tibet (1998), zur realen Praxis der chinesischen Minderheitenpolitik (1999), zur Entwicklung der tibetischen Kultur (2000), sowie zur Modernisierung Tibets (2001). Die bisherigen Papiere versuchten den Nachweis zu erbringen, dass Chinas Minderhei-